

Sehr geehrter Kunde, sehr geehrte Kundin,

hiermit übermitteln wir Ihnen vorbehaltlich der geltenden Gesetzgebung im Anhang die Änderungen, die zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten sind, d. h.:

- [Angaben auf den Lohnsteuerkarten 2018](#)
- [Urlaub aus persönlichen Gründen \(Sonderurlaub\)](#)
- [Neue Beitragssätze der Zusatzversicherung der Arbeitgeber \(*Mutualité des Employeurs*\)](#)
- [Neue Beitragssätze der Unfallversicherung](#)

Gleichzeitig möchten wir Sie an folgende Themen erinnern:

- [Regelung der Arbeitszeit gemäß dem Gesetz vom 14.03.2017](#)
- [Besteuerung von in Deutschland und Belgien ansässigen Arbeitnehmern im Rahmen der Doppelbesteuerungsabkommen](#)
- [Antrag auf Versicherungsnachweis bei Ausübung der Berufstätigkeit außerhalb Luxemburgs \(A1\)](#)

Wir möchten Sie auch darauf hinweisen, dass alle diese Informationen auf unserer Website www.ficel.lu zu finden sind. Wir empfehlen Ihnen im Übrigen, diese Seite regelmäßig zu konsultieren, um sich über die anwendbaren Änderungen oder neue Gesetze zu informieren.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Fiduciaire Centrale du Luxembourg
Salaires et Social SA

Angaben auf den Lohnsteuerkarten 2018

Zum 1. Januar 2018 hat sich **die steuerliche Behandlung von steuerpflichtigen verheirateten Gebietsfremden** geändert. Sofern Sie keine gemeinsame Wahl getroffen haben, werden sie Steuerklasse 1 zugeteilt, und lediglich ihre luxemburgischen Einkünfte werden besteuert. Diesbezüglich haben sie im Laufe des Monats Oktober 2017 ein Schreiben der Steuerverwaltung bekommen, durch welches sie über die Reform von 2018 in Kenntnis gesetzt wurden und in dem ihnen ein Steuersatz auf der Grundlage ihres letzten bekannten Einkommens vorgeschlagen wurde.

Im Falle der Anwendung eines Steuersatzes ist auf der Lohnsteuerkarte keine Steuerklasse mehr angegeben, sondern ein für jede Lohnsteuerkarte des Haushalts identischer Steuersatz. Die einzelnen Abzüge (FD, DS, CE, AC usw.) sind nicht mehr auf der Lohnsteuerkarte angegeben, da diese Abzüge bereits im berechneten Steuersatz berücksichtigt sind. Auf der Lohnsteuerkarte ist demnach Steuerklasse 0 und der entsprechende Steuersatz angegeben.

Es handelt sich um einen voraussichtlichen Steuersatz, der im Rahmen einer Besteuerung durch Veranlagung infolge der obligatorischen Einreichung einer Steuererklärung für das Jahr 2018 (Vordruck 100) in Luxemburg angepasst wird.

Im Hinblick auf diese Änderung möchten wir Sie informieren, dass wir die Löhne für 2018 bis zum Erhalt der Lohnsteuerkarten 2018 auf der Grundlage der Lohnsteuerkarten 2017 berechnen werden.

Sollten Sie damit nicht einverstanden sein und im Hinblick auf die Anwendung der Steuerklasse 1 und/oder gegebenenfalls des vom Arbeitnehmer erbetenen Steuersatzes, bitten wir Sie, das untenstehende Formular auszufüllen und es uns vorzugsweise per E-Mail schnellstmöglich zuzusenden.

Nach Erhalt der Lohnsteuerkarten 2018 werden wir die nötigen Berichtigungen vornehmen.

Bitte kreuzen Sie das entsprechende Kästchen an, unterzeichnen und datieren Sie das Formular und schicken Sie es uns schnellstmöglich per E-Mail zurück, damit wir Ihre Wahl berücksichtigen können.

<input type="checkbox"/> Option 1: Anwendung der Steuerklasse 1
<input type="checkbox"/> Option 2: Anwendung des vom Arbeitnehmer erbetenen Steuersatzes (<u>bitte lassen Sie uns einen Nachweis für die Beantragung zukommen, welcher den vom besagten Arbeitnehmer erbetenen Steuersatz angibt</u>)
Name des Unternehmens: _____
Name des Unterzeichners: _____
Ort/Datum: _____, den _____._____
Unterschrift und Stempel: _____

Anm.: Für nicht verheiratete Gebietsansässige und Gebietsfremde ändert sich nichts im Vergleich zu den Vorjahren. Das Gleiche gilt für verheiratete Gebietsansässige, die keine Änderung beantragt haben. Die Lohnsteuerkarten 2017 gelten weiterhin bis zur Beantragung einer Änderung.

Praktischer Hinweis: Bitte übermitteln Sie uns lediglich eine Kopie der neuen Lohnsteuerkarte und bewahren Sie das Original während 10 Jahren in Ihren Unterlagen auf.

Urlaub aus persönlichen Gründen (Sonderurlaub)

Durch das Gesetz vom 15. Dezember 2017 wurden wesentliche Änderungen an bestimmten Arten des Urlaubs aus persönlichen Gründen (Sonderurlaub), am Urlaub aus familiären Gründen sowie am nachgeburtlichen Beschäftigungsverbot im Rahmen des Mutterschutzes vorgenommen:

- Erhöhung von 2 auf 10 Tage Urlaub für den Vater bei **Geburt eines Kindes oder Aufnahme eines Kindes** unter 16 Jahren im Hinblick auf seine Adoption
- Erhöhung von 3 auf 5 Tage Sonderurlaub im Falle des **Todes eines minderjährigen Kindes**
- Abschaffung des Sonderurlaubs wegen **Musterung**
- Verringerung um die Hälfte des Sonderurlaubs bei **Eheschließung/Eingehen einer Lebenspartnerschaft**:
Eheschließung: von 6 Tagen auf 3 Tage
Eheschließung eines Kindes: von 2 Tagen auf 1 Tag
Eintragung einer Lebenspartnerschaft: von 6 Tagen auf 1 Tag
Eintragung einer Lebenspartnerschaft eines Kindes: von 2 Tagen auf 0 Tage
- Die 2 Tage Sonderurlaub wegen **Umzugs** werden während eines Beschäftigungszeitraums von 3 Jahren beim gleichen Arbeitgeber gewährt, außer bei Umzug aus beruflichen Gründen
- Urlaub aus **familiären Gründen**:
 - Der Urlaub kann aufgeteilt werden
 - Erhöhung der Altersgrenze des Kindes unter 15 Jahren auf unter 18 Jahren
 - Die Dauer des Urlaubs hängt vom Alter des Kindes ab
Kategorie 1: 12 Tage pro Kind zwischen 0 und 4 Jahren
Kategorie 2: 18 Tage pro Kind zwischen 4 und 13 Jahren
Kategorie 3: 5 Tage pro Kind zwischen 13 und 18 Jahren, aber nur im Falle eines Krankenhausaufenthalts des Kindes.

Anm.: Die Übergangsbestimmungen sehen für die ersten 2 Kategorien vor, dass die bis zum 31.12.2017 bereits genommenen Urlaubstage je nach Alterskategorie abgezogen werden.

- **Nachgeburtliches Beschäftigungsverbot** von 12 Wochen für jede Arbeitnehmerin, die ein Kind bekommt oder adoptiert.

Zusatzversicherung der Arbeitgeber (*Mutualité des employeurs*)

Neue geltende Beitragssätze:

Klasse 1	0,46 %
Klasse 2	1,16 %
Klasse 3	1,77 %
Klasse 4	2,95 %

Beitragssätze der Unfallversicherung

Neuer anwendbarer Beitragssatz: **0,90 %**

Die neue Regelung der Arbeitszeit (Gesetz vom 14.03.2017)

Infolge der neuen Regelung der Arbeitszeit (Gesetz vom 14.03.2017) sind Unternehmen, die Arbeitnehmer aus dem Ausland nach Luxemburg entsenden, **UND** dem luxemburgischen Recht unterliegende Unternehmen verpflichtet, **ein Sonderregister** mit dem Arbeitsbeginn, dem Arbeitsende, der Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie den Verlängerungen der normalen Arbeitszeit, den an Sonntagen, Feiertagen und nachts geleisteten Arbeitsstunden und gegebenenfalls den Baustellen zu führen.

Anm.: Vor jeder Leistung von Überstunden oder Sonntagsarbeit muss der Arbeitgeber diese Arbeitsstunden anhand eines auf der Website der Gewerbeaufsicht (*Inspection du travail et des Mines*) erhältlichen Formulars an folgende E-Mail-Adresse melden: contact@itm.etat.lu

Diese E-Mail-Adresse sollte auch für den Versand des Arbeitsorganisationsplans (*plan d'organisation de travail - POT*) verwendet werden.

Besteuerung von in Deutschland und Belgien ansässigen Arbeitnehmern im Rahmen der Doppelbesteuerungsabkommen

Wir möchten Sie daran erinnern, dass die Löhne von in Deutschland und Belgien ansässigen Arbeitnehmern mit einem luxemburgischen Arbeitsvertrag bei einem einzigen Arbeitgeber, die ihre Tätigkeit sowohl in Luxemburg als auch im Ausland ausüben, laut den Doppelbesteuerungsabkommen je nach Arbeitsort sowohl in Luxemburg als auch in ihrem Wohnsitzland besteuert werden.

Eine Toleranzgrenze bestimmt den Ausgangspunkt der Besteuerung:
Für Deutschland sind es derzeit 19 Tage und für Belgien 24.

Da wir uns um die Berechnung der Lohnsteuer Ihres Personals kümmern, möchten wir von Ihnen jeden Monat gemeinsam mit der Übermittlung der monatlichen Lohndaten eine genaue Auflistung der im Ausland gearbeiteten Tage bzw. Stunden bekommen.

Antrag auf Versicherungsnachweis bei Ausübung der Berufstätigkeit außerhalb Luxemburgs (Formular A1)

Jeder Arbeitgeber, der aus beruflichen Gründen einen Arbeitnehmer ins Ausland schicken will (Entsendung), muss der Zentralstelle der Sozialversicherung diese Absicht im Vorfeld durch Zusenden eines **Antrags auf Versicherungsnachweis bei Ausübung der Berufstätigkeit außerhalb Luxemburgs** im Hinblick auf den Erhalt eines Formulars A1 melden. Um die anwendbare Sozialversicherungsgesetzgebung zu bestimmen, werden die der Zentralstelle zugesandten Anträge unter Berücksichtigung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung, der bi- oder multilateralen Abkommen und der nationalen Gesetzgebung geprüft.

Ziel dieser Bestimmungen ist es, die Arbeitnehmer nur der Gesetzgebung eines Landes zu unterwerfen. Die anwendbare Gesetzgebung ist in der Regel diejenige des Arbeitsortes, d. h. der Arbeitnehmer unterliegt der Gesetzgebung des Landes, auf dessen Staatsgebiet er seiner Berufstätigkeit nachgeht, selbst wenn er auf dem Staatsgebiet eines anderen Landes wohnt oder sein Arbeitgeber seinen Sitz auf dem Staatsgebiet eines anderen Landes hat. Die luxemburgische Sozialversicherung wird jedoch aufrechterhalten, wenn der Arbeitnehmer die

für eine Entsendung vorgesehenen Bedingungen erfüllt oder wenn er regelmäßig in mehreren Ländern beschäftigt ist.

Eine Entsendung kann erst nach einer Anwartschaftszeit von 1 Monat ab der Anmeldung bei der Sozialversicherung beantragt werden.

Die gleiche Vorschrift gilt für Personen, die in eigenem Namen oder als Selbstständige tätig sind.